

PRESSEMITTEILUNG



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Herausgeber: DPoIG Hamburg

Holzdamms 18
20099 Hamburg
Telefon (040) 25 40 26 - 0
Telefax (040) 25 40 26 - 10

21.08.2015

dpolg@dpolg-hh.de

www.dpolg-hh.de

V.i.S.d.P.: Joachim Lenders

DPoIG begrüßt Einrichtung der BAO „Castle“

Aber: Eine effektive, wirksame und dauerhafte Bekämpfung der Haus- und Wohnungseinbrüche ist nur mit mehr Personal möglich!

Es ist richtig und notwendig, dass der Haus- und Wohnungseinbruch zum Schwerpunkt des polizeilichen Handelns erklärt wurde und verstärkt durch die BAO „Castle“ bekämpft werden soll. Einbruchsdelikte treffen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in ihrer Privatsphäre und werden von der Mehrheit der Einbruchsoffer neben dem materiellen Schaden als psychisch sehr belastend empfunden.

Im vergangenen Jahr gab es in diesem Deliktsfeld trotz vielfältiger Anstrengungen der Hamburger Polizei einen erneuten Anstieg um 8,2 Prozent auf insgesamt 7490 Wohnungseinbrüche. Die Aufklärungsquote verbesserte sich dabei gering von 7,2 auf 8,3 Prozent und liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt von 15,9 Prozent. Deutschlandweit entstand bei Einbruchsdelikten eine Schadenssumme vom mehr als 422 Millionen Euro.

Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg: „Der Abzug von 16 Zivilfahndern in die BAO „Castle“ bedeutet jedoch, dass 16 erfahrene Zivilfahnder mit exzellenten Orts- und Milieukenntnissen an ihren Polizeikommissariaten fehlen und personell nicht ersetzt werden. Wenn man die Aufklärungsquote wirklich effektiv verbessern will, braucht man mehr Zivilfahnder im gesamten Hamburger Stadtgebiet. Bei der Polizei sind zurzeit ca. 47 von 196 Zivilfahnder-Stellen vakant.“

Die Sonderkommission „Castle“ ist ein guter Ansatz, kann jedoch keine dauerhafte polizeiliche Lösung sein. Auch wenn es der Senat nicht mehr hören kann, die vielfältigen, ständig wachsenden Aufgaben, die der Polizei von der Politik ‚verordnet‘ werden, sind nur mit mehr Personal und nicht mit Personalverschiebungen erfüllbar.

Täglich werden bis zu 30 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte für Bewachungs- und Objektschutzaufgaben herangezogen, weil der Senat sich weigert Angestellte für den Polizeidienst einzustellen. Diese Verweigerungshaltung führt dann unter anderem dazu, dass Kriminalität lediglich verwaltet und nicht entschlossen genug bekämpft wird.“

Bei Rückfragen:

Joachim Lenders, Landesvorsitzender

Tel.: 0172-5696280